

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Mag.^a Kollermann gemäß § 60 LGO 2001

zu Gruppe 5 zu den Voranschlägen des Landes Niederösterreich für die Jahre 2022 und 2023; Ltg.-1842/V-9-2021

betreffend: "Prävention in Niederösterreich in Bezug auf psychische Gesundheit"

Die Coronakrise hat durch Lockdowns und Isolation, aber auch durch die wirtschaftliche Krise massive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der österreichischen Bevölkerung. Schon im Herbst 2020 zeigte sich etwa ein Anstieg von Personen mit depressiver Symptomatik, auch Angstsymptome und Schlafstörungen sind durch die Pandemie häufiger geworden.

(vgl. <https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2020/psyche-seit-covid-19-unter-dauerbelastung0.html>)

Psychische Gesundheit ist in Österreich jedoch schon vor der Pandemie ein Problemfeld gewesen und stark von Stigmatisierung geprägt. So waren Anfang 2020 nur 13 Prozent der Befragten mit der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zufrieden, lediglich zehn Prozent waren der Ansicht, dass psychisch erkrankten Menschen ausreichend geholfen werde. Auch der Gesundheitsminister sprach von Lücken in der Behandlung, besonders beim Zugang zu diesen und bei finanziellen Hürden. Seither ist allerdings nichts passiert, lediglich der Bedarf an Behandlungen steigt an.

In Niederösterreich sind nur 23 Kassenplanstellen für die Fachgruppe „Psychiatrie“ besetzt. (vgl. [5445/AB \(XXVII. GP\) - Psychische Gesundheit in der Krise | Parlament Österreich](#)) Diese waren 2020 für 44.352 Patienten verantwortlich. Das bedeutet, dass ein Kassenarzt ca. 2000 Patient_innen betreuen sollte. Doch wenn die Patient_innen einmal in Kontakt mit Ärzt_innen kommen, ist es meist schon zu spät. Auch das Angebot an Psychotherapeut_innen und klinischen Psycholog_innen mit Kassenvertrag ist äußerst begrenzt.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit den Zielsteuerungspartnern Vorschläge zur Umsetzung folgender Maßnahmen vorzulegen:

1. Schaffung von ausreichend Therapie- und Betreuungsplätzen für Erwachsene mit psychischen Krankheitssymptomen.

2. Aufwertung der psychosozialen Dienste für Erwachsene, sowie Heranziehung der Kinder- und Jugendhilfe als erste Anlaufstelle bei psychischen Problemen für Kinder und Jugendliche.
3. Abhaltung eines Gesundheitsgipfels zur psychischen Gesundheit in Niederösterreich.
4. Verstärkter Einsatz von psychologischem Personal in Schulen und Kindergärten zur Aufarbeitung der Nebeneffekte der Corona-Krise, sowie einen Ausbau der psychosozialen Dienste in Niederösterreich für alle Bürger_innen".